



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDFORD  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 16,  
10. Jahrgang

12. August 1942

Für eine bessere Zukunft

(ITF) Unter dem Terror der Gestapo bereiten sich sozialistische Geheimorganisationen Europas für den Kampf um eine bessere Zukunft vor. Fast gleichzeitig erreicht uns aus Polen das "Programm für einen polnischen Volksstaat" und aus Frankreich die Erklärung des "Komitees für Sozialistische Aktion" gegen die Trusts. Das unterirdische Europa will nicht die Zustände der Jahre vor dem Beginn des Nazi-Krieges zurück, es will eine bessere Welt.

Das "Programm für einen polnischen Volksstaat"

erinnert daran, wie "der brutale Einfall Hitlerdeutschlands in Polen im September 1939 den Aufstieg der Massenbewegung der Arbeiter und Bauern zum Sturz der (herrschenden) reaktionären Clique und zur Errichtung eines Polens der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit" unterbrach. "Im Augenblick des Kriegsausbruchs erwiesen sich diese Bewegungen als die einzigen sozialen Kräfte, die den Anforderungen der Verteidigung gewachsen waren und nach der Septemberkatastrophe lastete auf ihnen die Hauptlast des Kampfes gegen die Besatzungsmacht und der Vorbereitung der Wiedererrichtung Polens".

Die polnischen Sozialisten, Bauernführer und Vertreter der fortschrittlichen Geistesarbeiter, die im Herbst 1941 dieses Programm auf einer Geheimkonferenz abschlossen, fordern "die Konzentration aller Kräfte der polnischen Demokratie im Kampf um die völlige Vertreibung der deutschen Besatzung vom Gebiet der Republik und für die Wiedererstehung des polnischen Staates in solchem Umfang und solcher <sup>Kraft</sup> ~~Kraft~~, dass nicht nur seine dauernde Unabhängigkeit gesichert ist, sondern auch ein Faktor des Friedens in Mitteleuropa und ein Bollwerk der Freiheit wird. Um dieses Ziel zu verwirklichen... müssen die Massenbewegungen der Bauern und Arbeiter gemeinsam mit der Bewegung der demokratischen Intellektuellen durchsetzen, dass am ersten Tag der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit das arbeitende Volk Polens durch eine Volksregierung entscheidenden und dauernden Einfluss auf die Lenkung des Staates erringt.

Die demokratischen Kräfte müssen sich schon jetzt, während des Kampfes gegen die Besatzungsmacht, gemeinsam ein politisch-soziales Einheitsprogramm schaffen, das folgende Grundsätze vertritt:

Die erste Regierung des unabhängigen Polen... führt.., gestützt auf den entschiedenen Willen der Volksmassen.., durch:

eine Bodenreform durch Enteignung grosser Landgüter und deren sofortige Uebergabe an kommunale und bezirkliche Bodenreformausschüsse, die die Parzellierung vornehmen werden;

Enteignung der für Vergesellschaftung geeigneten Industriebetriebe, ihre Ueberführung an Staat, Gemeinden und Genossenschaften und Einsetzung einer gemeinwirtschaftlichen Verwaltung;

Steuerreform zur gleichmässigen Verteilung der Steuerlasten auf alle Gesellschaftsschichten;

Ungültigkeitserklärung aller von der Besatzungsmacht erlassenen Verordnungen etc., die Vermögen und Güter der Staatsbürger der Republik betreffen und die Ueberführung dieser Vermögen an treuhänderische öffentliche Institute;

Bestrafung aller Staatsbürger, die durch Unterstützung der Besatzungsmacht an der Republik Verrat übten;

Einsetzung eines besonderen Tribunals, vor dem sich alle für die volksfeindlichen Massnahmen des alten (polnischen) Regimes verantwortlichen zivilen und militärischen Würdenträger zu verantworten haben werden.

Die neue Regierung wird Neuwahlen fuer das Parlament und den Senat auf der Grundlage eines demokratischen Wahlrechts ausschreiben und wird einen Plan zum Neuaufbau der Republik auf neuen Grundlagen des inneren Staatslebens ausarbeiten".

Das Programm umreisst die Grundlinien dieses Aufbauplanes:

Politisch: "Das republikanisch-demokratische Staatssystem garantiert dem Staat... Dauer, Leistungsfahigkeit und Kraft der Regierungen, den Staatsbuergern die Moeglichkeit der Einflussnahme auf die Gestaltung hoechster staatlicher Behoerden, auf ihre Politik und ihre Taetigkeit durch das in seiner Wuerde wiederhergestellte, demokratisch gewaehlte Parlament sowie durch das Recht des Plebiszits und der oeffentlichen Initiative.

Weit ausgebaute regionale Selbstverwaltung, die eine Reihe Aufgaben uebernimmt, die bisher zentral erfuehrt wurden; neben der regionalen Selbstverwaltung wird sich die wirtschaftliche Selbstverwaltung sowie die Selbstverwaltung sozialer und wissenschaftlicher Institutionen entwickeln. Die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter und Angestellten sowie wirtschaftliche und genossenschaftliche Organisationen haben volle Selbstverwaltung und uebernehmen gleichzeitig bestimmte bisher oeffentliche Aufgaben.

Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsaeusserung...

Wirklich allgemeine und kostenlose Erziehung...

Alle loyalen Staatsbuenger der Republik ohne Unterschied der Religion und Nationalitaet sind gleichberechtigt.

Die deutsche Bevoelkerung, die auf polnischem Gebiet zu Germanisierungszwecken angesiedelt wurde... wird nach Deutschland umgesiedelt. Dazu gehoeren auch alle, die sich als 'Volksdeutsche' erklaeerten. In Polen bleiben koennen nur diejenigen Staatsbuenger deutscher Herkunft, die durch ihre Taten und besonders durch ihr Verhalten waehrend des Krieges und der Besetzung ihre Anhaenglichkeit und Treue zum polnischen Staat bewiesen haben.

Der Neuaufbau des Sozialsystems wird die wirtschaftlichen Grundlagen der nationalen Gegensetze beseitigen und besonders auf dem Gebiet der Judenfrage die unnatuerliche und einseitige Konzentration der Juden im Handel aus der Welt schaffen.

Die Republik wird sich dem Bunde freier Voelker Europas anschliessen", ihn unterstuetzen, "damit er imstande ist, alle stoerende nationalistische Auswuechse zu ersticken und Invasionsgefahren vorzubeugen.

Das Ziel des Umbaus des Sozialsystems ist:

Gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens. Der Umbau muss in der Weise vorgenommen werden, dass er nicht nur die Produktivitaet nicht senkt, sondern sie noch hebt...

Verwirklichung des Ideals sozialer Gerechtigkeit durch Vergesellschaftung bestimmter Teile des Wirtschaftslebens und durch Beschraenkung der Ausdehnung des Besitzes und der Einnahmen im nicht vergesellschafteten Sektor.

Der Titel, der zur Teilnahme an dem gesellschaftlichen Einkommen berechtigt, wird die Arbeit sein. Jede Ausbeutung von Mensch durch Mensch muss aus dem Gesellschaftsleben verschwinden..."

"Die Produktions-, Bauern- und Konsumgenossenschaft und die wirtschaftliche Betaetigung der Gemeinden, besonders auf dem Gebiet gemeinnoetiger Gueter, wird gefoerdert werden...

Handwerks- und kleine Industriebetriebe bleiben im Prinzip im Privatbesitz. Die einzelnen Gewerbebezaege muessen genossenschaftliche Organisationen fuer die Loesung gemeinsamer Fragen bilden... Kleine Privatbetriebe werden einer oeffentlichen Kontrolle durch autonome Koerperschaften entsprechender Betriebsbezaege, in denen die Produzenten und Konsumenten vertreten sind, unterstellt... Auf genossenschaftlicher Basis muss auch die Heimarbeit und Volksindustrie aufgebaut werden.

Grosse Landgueter werden ohne Entschaedigung enteignet. Grundlage des Landwirtschaftsbetriebes wird der selbstaendige Hof, der von der in ihm wohnenden Familie bearbeitet wird. Auf einem Teil der enteigneten Gueter mit hohem landwirtschaftlichen Niveau koennen kommunale Mustergueter, Versuchsstallungen, Saatgutstellen etc. errichtet werden. Technische, wirtschaftliche und organisatorische Maengel und Unzulaenglichkeiten kleiner Hoefe werden durch breit ausgebautes Genossenschaftswesen ausgeglichen".

"Das Bank- und Kreditwesen wird vollstaendig in die Haende gesellschaftlicher Organisationen und des Staates uebergehen..."

Die Sozialversicherungsinstitute in Stadt und Land werden ausgebaut..."

"Nur unermuedlicher und entschiedener Kampf gegen die Besatzungsmacht in Polen kann die Verwirklichung der oben beschriebenen Grundsätze des politischen und sozialen Umbaus Polens bringen. Mit gleicher Entschiedenheit muss das arbeitende Volk jedoch auch den Widerstand der privilegierten Klassen und Gruppen im fruerehen Polen, die ihre Privilegien zu erhalten suchen, brechen. Die demokratische Konzentration muss daher ein Lager bilden, in dem ein bewaffneter Aufstand gegen die Eindringlinge und ein entschiedener Kampf gegen die einheimische Reaktion vorbereitet wird.

Die polnische Demokratie, ideell geeinigt und politisch diszipliniert, bereit fuer die Auseinandersetzung mit dem Feind und entschlossen zur Ueberwindung aller Hemmnisse seitens der einheimischen Reaktion, muss siegen und eine neue Aera der Entfaltung Polens im bruederlichen Zusammenleben mit anderen freien Nationen einleiten".

Die Herrschaft der Trusts muss in Frankreich gebrochen werden"

Seit dem Herbst vorigen Jahres haben sich die illegalen Organisationen der franzoesischen Arbeiter verfestigt.

Die illegalen Gewerkschaftszentren gruppieren sich um die "Mouvement Ouvrier Français" (Franzoesische Arbeiterbewegung), soz. Gruppen um das "Comite d'Action Socialiste" (sozialistisches Aktionskomitee), das in staendiger Verbindung

mit Organisationen in wichtigen Staedten und Industriebezirken der besetzten und unbesetzten Zone steht; die Kommunisten setzen ihre Taetigkeit fort. Der Aufruf der illegalen Organisationen zu Demonstrationen am 1. Mai und am 14. Juli, dem als Nationalfeiertag begangenen Jahrestag der Erstuermung der Bastille, war in vielen Staedten ein ueberraschend grosser Erfolg. Das Comite d'Action Socialiste stellt regelmaessig grundsuetzliche Entschliessungen zur Diskussion und ermoeoglicht auf diese Art ein einheitliches Reifen der illegalen Bewegung der verschiedenen Teile Frankreichs.

Im Januar erklarte das Comite d'Action Socialiste: Aus diesem Krieg muss eine Welt hervorgehen, in der fuer die Herrschaft der Geldmaechte kein Raum mehr ist. Die Geldmaechte haben uns durch ihre Zusammenarbeit mit den Deutschen ihre Ausschaltung erleichtert. Wenn ein Artikel des Friedensvertrages vorsieht, dass alle deutschen Beteiligungen seit der Kapitulation Petains in der franzoesischen Wirtschaft in das Eigentum der franzoesischen Staates uebergehen, werde automatisch ein grosser Teil der franzoesischen Banken und Industriebetriebe oeffentlicher Kontrolle unterstellt sein. Die Bestimmungen Vichys, dass alle Unternehmungen, an denen der Staat durch 20%ige Kapitalbeteiligung oder als Abnehmer von 20% der Produktion interessiert ist, eine Liste ihrer Verwaltung vorzulegen haben, erleichtert die Ausschaltung der Trustvertreter.

Am 15. Juni erschien unter dem Namen des fruerehen Zentralorgans der franzoesischen sozialistischen Partei, "Le Populaire", zum ersten Mal ein gedrucktes Organ des Komitees. In dieser Ausgabe, die auch einen Aufruf der gewerkschaftlichen "Mouvement Ouvrier" abdruckt, ruft ein Manifest alle Franzosen auf, schon jetzt mit den Vorarbeiten fuer eine bessere Nachkriegswelt zu beginnen. "Das Ziel des Sozialismus war und bleibt die Errichtung einer weltumspannenden Gesellschaftsordnung, die auf Gerechtigkeit im Innern und auf Frieden und Gleichberechtigung aller Voelker beruht. Die sozialistische Demokratie in Frankreich wird eine notwendige Voraussetzung der internationalen Demokratie sein".

Die Erklaerung umreisst die Stellungnahme franzoesischer Sozialisten und Gewerkschafter zu den Kommunisten und zu Deutschland: "Sozialismus und Bolschewismus. Das Komitee ist bereit, mit den Kommunisten, wie mit allen anderen Widerstandsorganisationen, zusammenzuarbeiten... es hat den Kommunisten bereits genaue Vorschlaege fuer Besprechungen gemacht. Das Komitee hofft sehr, dass in Zukunft Sowietrussland aufrichtig Glied der internationalen Gemeinschaft der demokratischen Voelker wird, die ihre Unabhaengigkeit zurueckgewonnen haben und dass sich damit die Beziehungen der verschiedenen Sektionen der kommunistischen Internationale zu den anderen Arbeiterparteien bessern. Wir sind davon ueberzeugt, dass eine demokratische und sozial gesunde Politik bei uns (in Frankreich) unmoeglich sein wird, solange nicht eine unabhaengige franzoesische kommunistische Partei die Sowjetunion dazu bringt, im Interesse der europaeischen Arbeiterklasse und vor allem im Interesse der russischen und franzoesischen Arbeiter, Teil einer geeinten internationalen Gemeinschaft zu werden".

"Kein Revanchefrieden - Europa und die Welt von morgen koennen nur existieren, wenn der kommende Frieden jeden Machtmissbrauch, jede Unterdrueckung und territoriale Zersplitterung unmoeglich macht.

Die franzoesischen Sozialisten sind stolz darauf, sagen zu koennen, dass sie von der Zeit des Versailler Vertrages bis 1939 die Kriegshetzer, die zuerst dem republikanischen Deutschland gegenueber unnachgiebig waren, aber sich dann Hitler gegenueber schwach zeigten, vor den Folgen dieser Politik gewarnt haben... Zur Sicherung des Friedens allein entschloss sich die franzoesische sozialistische Partei zum Widerstand gegen die Angreifer. Wenn diese Politik befolgt worden waere, wenn die franzoesische und die englische Bourgeoisie nicht sie und sogar das Prinzip der kollektiven Sicherheit sabotiert haetten (Abessinien 1935, Rheinlandbesetzung 1936, Oesterreich 1937, Tschechoslowakei 1938), dann haette Frankreich nicht seine Verbueendeten und sein Prestige verloren und haette es jeden gewaltsamen Versuch des Fuehrers des Dritten Reiches im Keime ersticken koennen.

Es ist verstaendlich, dass in den besetzten Laendern und in den Staaten, die im Kriege mit Deutschland stehen, immer weniger zwischen Nasis und Deutschen, zwischen dem deutschen Volk und seinen Herren unterschieden wird. Trotzdem ist es unsere Pflicht, besonnen die Probleme des Friedens durchzudenken. Die Loesung muss zu einem dauernden Frieden fuehren. Es darf keine Rachemassnahmen bringen, zu den Chauvinismus, Machtmissbrauch und Vergeltungswuensche hinreissen koennt. Deutschland muss - wenn noetig durch Zwang - mit den anderen Voelkern in ein System wirklichen Friedens und allgemeiner Abruestung eingegliedert werden".

Diese Vorschlaege fuer Gegenwart und Zukunft unterbreitet das Comite d'Action Socialiste, "waehrend Fuehrer der Sozialisten sich im Gefaengnis befinden und viele ihrer Mitglieder Gefangene der Deutschen oder Franzosen sind, den Arbeitenden der Welt.

(Fuer die Red.: Das polnische Dokument wurde im Wortlaut im sozialistischen "Robotnik Polski", London, am 1.VIII.42. abgedruckt.)

### Arbeiterwiderstand gegen Nazi-Antreiberei

(ITF) Am letzten Tage des vorletzten Monats des dritten Kriegsjahres brachten die deutschen Zeitungen zwei fuer die Stimmung in den deutschen Betrieben ueberaus aufschlussreiche Berichte: Hitlers Arbeitsminister beschwerte sich bitter darueber, dass eine Reihe Betriebe die Zersetzung der Arbeitsdisziplin dadurch foerdern, dass sie Arbeitern, die nicht krank spielen, oder nicht systematisch zu spaet kommen oder waehrend der Arbeitszeit arbeiten und nicht bummeln, Geldpraemien zahlen.

Es wird den deutschen Propagandastellen nicht angenehm gewesen sein, vor

aller Öffentlichkeit zuzugeben, was es mit der angeblichen Kriegsbegeisterung der deutschen und ausländischen Arbeiter wirklich auf sich hat. Aber die Warnung schien nötig. Und so druckten die deutschen Zeitungen (am 31. Juli) aus dem "Reichsarbeitsblatt" nach: "Es sind beispielsweise Gesundheitsprämien ausgeschüttet worden. Gegen diese Gesundheitsprämien bestehen, wie der Reichsarbeitsminister mitteilt, Bedenken: denn im Kriege muss von jedem (deutschen) Arbeiter und Angestellten erwartet werden, dass er nicht unter dem Vorwand, krank zu sein, unberechtigt der Arbeit fernbleibt".

Unternehmer erwarten das auf Grund ihrer Erfahrungen offensichtlich nicht mehr.

Hitlers Arbeitsminister fährt fort: "Es ist weiter eine ganz selbstverständliche Pflicht jedes Gefolgschaftsmitglieds, pünktlich zu sein, die Arbeitszeit innezuhalten und während der Arbeitszeit nicht zu bummeln". Aber Unternehmer zahlen einem Arbeiter, der "überhaupt nicht gebummelt hat, oder einem solchen, der während eines bestimmten Zeitraumes sich nur ganz selten diszipliniwidrig verhalten hat, nun noch eine Prämie"! - Denn diese Unternehmer wissen aus trüber Erfahrung, dass diese "selbstverständlichen Pflichten" vielen deutschen und ausländischen Arbeitern längst nicht mehr selbstverständlich sind.

Während der Arbeitsminister klagt, droht Hitlers "Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz" mit schärfsten Massnahmen. Zugleich mit der Klage des Arbeitsministers Seldte veröffentlichten die Zeitungen die Anordnung des "Generalbevollmächtigten" Sauckel gegen die Arbeiter, die "die Kriegsdziplin in den (deutschen) Betrieben" stören könnten. Die Anordnung "gegen Arbeitsvertragsbruch und Abwerbung sowie gegen das Fordern unverhältnismässig hoher Arbeitsentgelte in der privaten Wirtschaft" fasst die bezirklichen Strafandrohungen verschärfend zusammen.

Es scheinen den Nazi-Behörden viele Berichte über widerspenstige Arbeiter zugegangen zu sein, über glatte Arbeitsverweigerungen, über Verweigerung von Nacht- und Sonntagsarbeit, über Schlägereien im Betrieb.

Empfindliche Freiheits- und Geldstrafen droht der "Generalbevollmächtigte" Sauckel Arbeitern an, die "pflichtwidrig eine... vom Betriebsführer oder dessen Beauftragten zugewiesene Arbeit (einschliesslich Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit) verweigern oder mit ihr zurückhalten,

b) der Arbeit pflichtwidrig fernbleiben, d.h. insbesondere ohne hinreichende Entschuldigung fehlen, wiederholt ohne ausreichenden Grund verspätet zur Arbeit erscheinen oder die Arbeit pflichtwidrig verlassen und

c) durch diszipliniwidriges Verhalten, z.B. Tätlichkeiten oder grobe Beschimpfungen, den ordnungsmässigen Arbeitsverlauf stören" oder "überhöhte" Löhne fordern. Es nützt dem Arbeiter auch nichts, wenn er sich später mit Augenblickserregung zu entschuldigen sucht. "Fahrlässigkeit" wird genau so wie Vorsatz bestraft.

Die Nazi-Behörden sind über die Entwicklung der Stimmung in den Betrieben so besorgt, dass sie diese Drohungen des "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" am 1. August - trotz Papierknappheit - in allen deutschen Betrieben aushängen liessen.

### Die Lage der französischen Eisenbahner

(ITF) Die Löhne und Gehälter der 400.000 Eisenbahner Frankreichs sind unhaltbar niedrig, sie reichen nicht zum Sattessen, und ihre Arbeitszeit ist für unterernährte Menschen unerträglich lang.

In der vom deutschen Militärbefehlhaber verwalteten besetzten Zone und in von Vichy regierten unbesetzten Zone ist für die Eisenbahner wie für alle Franzosen die Ernährung das Hauptproblem.

Arbeitszeit - Bis zur Kapitulation Pétains betrug die Arbeitszeit der französischen Eisenbahner auf Grund einer Kriegsverordnung im Wochendurchschnitt 72 Stunden; ein Jahr darauf (an 16.VI.41) wurde sie auf 2408 Stunden jährlich festgesetzt. Die französischen Eisenbahner haben den Eindruck, dass sie mit dieser langen "Friedens"-Arbeitszeit für die 1936 unter der Volksfrontregierung erkämpfte Verlängerung der Ferien auf 21 Tage bestraft werden sollten, dass sie die erkämpften 72 Ferienstunden nacharbeiten müssen. Sie verlangen immer wieder den Achtsturentag, 2336 Stunden jährlich und sie erklärten, bei der Unterernährung und den Schwierigkeiten der Auswärtsverpflegung seien 8 Stunden vielleicht schon kaum tragbar. Die Verwaltung antwortete, dass ein Teil dieser Arbeitszeit nur Arbeitsbereitschaft sei; aber in vielen Bezirken wird die Arbeitsbereitschaft nicht in die Arbeitszeit eingerechnet. Die Verwaltung erklärte sich schliesslich bereit, wenigstens die Unterernährung der Lehrlinge zu berücksichtigen, sie ordnete an, dass Lehrlinge möglichst wenig zu anstrengenden Arbeiten herangezogen werden sollten, ihre Arbeitszeit aber wurde nicht gekürzt. Im Januar 1942 hat die Verwaltung endgültig jedes Entgegenkommen in der Arbeitszeitfrage abgelehnt, sie behauptete, sie könne keine geeigneten Kräfte für Nru-

einstellungen finden, da es kaum noch Arbeitslose gäbe - wenige Monate später fand man dann Arbeitslose, die nach Deutschland deportiert werden konnten, angeblich um französische Landarbeiter und Bauern freizumachen. Die in Deutschland sitzenden 20.000 kriegsgefangenen französischen Eisenbahner sollen dort bleiben.

Hunger - Dem Fahrpersonal wurden Lebensmittelzusatzrationen bewilligt: Brot, Käse, Fett und Wein. Auf die Brotzusatzkarte erhält man meist wirklich Brot, für die anderen Zusatzkarten gibt es in der Regel nichts. Auf die wertlosen Fettkarten etc darf dann nicht etwa Brot bezogen werden. Nur im Ausnahmefall werden Zugeständnisse gemacht, so, als im März 1941 die Brotration im unbesetzten Gebiet nach einer Kürzung 80 g unter der Ration des besetzten Gebiets lag. Damals hat man den Lokomotivführern und Heizern, die mit dem Personal der besetzten Zone in Kontakt kamen, die Brotration um 80 g erhöht. - Viele Eisenbahner sparen noch die knappe Extra-Brotration für ihre Kinder. Die Folgen der Unterernährung: "wenn nicht rasch Massnahmen zur Verbesserung der Ernährung ergriffen werden, können unsere Bemühungen (um Aufrechterhaltung der Leistung) nicht fortgesetzt oder, wenn nötig, gar gesteigert werden", heisst es (Ende 1941) in einem Brief der Eisenbahnergewerkschaft an den Ernährungsminister.

"Die ausserordentlichen Arbeitsbedingungen der Eisenbahner, ihre körperliche Schwäche, machen Massnahmen zur Verbesserung der Ernährung dringend nötig". Das Ergebnis einer ärztlichen Untersuchung der Eisenbahner im Bezirk von Nancy sei wahrlich beunruhigend genug.

Hungerlöhne - Gewiss, wer in Frankreich über genügend Geld verfügt, kann im Schleichhandel ausreichend zukaufen. Aber die Eisenbahner können die Schleichhandelspreise nicht bezahlen. Die Löhne und Gehälter sind auf dem Stand vom 1.IX.39 fixiert, die offiziellen Preise aber sind um 70% gestiegen, die schwarzen Preise weit mehr. Die beiden, den Eisenbahnern bisher bewilligten Teuerungszulagen gleichen selbst die Erhöhung der offiziellen Preise nur zu einem Bruchteil aus. Die erste Zulage reichte in vielen Fällen gerade zur Deckung der neuen Steuern. Man hat den Eisenbahnern noch nicht einmal die gleichen Teuerungszulagen bewilligt, wie den Staatsangestellten. Die Bezüge der französischen Eisenbahner liegen heute unter dem Existenzminimum.

Und die pensionierten Eisenbahner haben noch nicht einmal den niedrigen Teuerungszulagen des Personals entsprechende Zulagen erhalten.

Reaktionäre Verwaltung - In einigen Departements wurde 1940 den Eisenbahnergewerkschaften jede Betätigung mit der Begründung verboten, sie fielen unter das von Belin (am 15.X.40) erlassene Verbot der Beamtengewerkschaften. Als Vichy Berichte über die Erregung der Eisenbahner erhielt, wurde den Eisenbahnerorganisationen das Recht auf Weiterarbeit ausdrücklich bestätigt. Viele örtlichen Verwaltungen der Staatsbahn machen allerdings noch immer Schwierigkeiten. Die Zentralverwaltung hält zwar Kontakt mit den als "Comité d'organisation" eng zusammenarbeitenden 3 Eisenbahnerverbänden - dem freien, dem christlichen und dem Beamtenverband - aber sie diktiert Arbeitsbedingungen häufig nach Gutdünken. Häufig wird das Personal für nichtige Dienstvergehen, ohne Berücksichtigung der Unterernährung und Uebermüdung, bestraft. Oft werden dem Lokomotivpersonal aus geringem Anlass die Prämien gekürzt. Die Freifahrten wurden erheblich eingeschränkt.

Die Eisenbahner fürchten, dass Vichys "Charte du Travail" ihre Position noch weiter verschlechtert, da die Charte vorsieht, dass auch die Eisenbahnergewerkschaften aufgelöst werden und dass die vorgesehene neue gleichgeschaltete Organisation keinen organisatorischen Kontakt mit den gleichgeschalteten Organisationen der anderen Arbeitergruppen haben darf. Bisher ist allerdings die wiederholt angekündigte Sondercharte für die Eisenbahner noch nicht veröffentlicht worden. Aber wenn Laval sich durchsetzen kam, ist die Mitgliedskarte 1942 die letzte des 1884 gegründeten französischen Eisenbahnerverbandes.

Sabotage - Die Verwaltung erklärt, dass seit Hitlers Einfall in Russland die Sabotage ausserordentlich zugenommen habe. Die Behörden behaupten, dass an diesen Sabotageakten, am Losschrauben der Gleise, am Anbringen von Sprengkörpern auf Schienen Eisenbahner helfen. Die Eisenbahner erklären, dass sachverständige Eisenbahner ganz anders vorgehen würden...

In Lothringen  
wird angetrieben

(ITF) Im Erzbergbau und in den Hüttenwerken Lothringens sollen die Arbeiter noch intensiver arbeiten. In den Erz- und Kohlengruben sind von den deutschen Behörden Kolonialfranzosen entlassen und

durch spanische und russische Arbeiter ersetzt worden (berichtet die "Frankfurter Zeitung"). Dass diese ausländischen Arbeiter sich nicht ohne weiteres dem Nazi-Arbeitstempo anpassen, ist verständlich. Aber es gibt noch andere Widerstandszentren gegen die Antreiberei. "Im Sinne des Arbeitsinsatz-

zes ist die Ausmerzung aller unzuverlässiger Elemente in Meister- und Vorarbeiterstellungen wichtig geworden, weil man von diesen Personen die notwendige Leistungssteigerung nicht ohne weiteres erwarten kann. Meistens handelt es sich um Polen, dann um die sog. 'Volksfrontmeister' (d.h. Gewerkschafter, die unter der Volksfrontregierung Meister wurden), zu denen auch Einheimische (d.h. "befreite" Lothringer) gehören. Man will den zuziehenden Deutschen einen echten Auftrieb gewähren, etwa in der Form, dass wer an der Saar Vorarbeiter war, nun in Lothringen Meister wird".  
(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 22.VII.42.)

Seeleute unterm Hungerhaken (ITF) Die Besatzung des Dampfers "Lideborg" weigerte sich (Mitte Juli) finnisches Holz durch die Minenfelder der Ostsee nach Dänemark zu bringen. Das Schiff blieb in Mariehamn (Aalandsinseln) liegen, das Holz musste schliesslich auf den estischen Dampfer "Irene" umgeladen werden, dessen Besatzung sich bereit fand, zu fahren.

Fast täglich springen in der letzten Zeit norwegische Seeleute, die für Deutschland fahren müssen, in der Nähe der schwedischen Küste über Bord und schwimmen an Land. Zwei norwegische Seeleute erreichten (am 28.VII.) Bohus, drei norwegische Seeleute schwammen am 31. Juli nach Falkenberg und am 3. August erreichten zwei Seeleute nach zweistündigem Schwimmen die schwedische Küste bei Varberg.

Der deutsche Flottenkommandant in Norwegen hat die norwegischen Schiffe gewarnt, die "wiederholt in minenfreien Gewässern der Ostsee die Anordnungen deutscher Wachboote nicht befolgten". Er kündigt an, dass bei weiteren Weigerungen, den Anweisungen zu folgen, Massnahmen gegen die norwegischen Besatzungen genommen würden.

Flucht aus Danzig (ITF) Die Danziger Hafenbehörden verlangen von den Kapitänen schwedischer Schiffe die schriftliche Zusicherung, dass sie blinde Passagiere nach Danzig zurückbringen und der Polizei übergeben werden (berichtet "Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning" am 22.VII.42.).

Rotterdammer Strassenbahner müssen jetzt, statt 48,45 Wochenstunden arbeiten (meldet der "Nieuwe Rotterdamsche Courant") - damit Arbeiter für Deportation nach Deutschland freigemacht werden konnten.  
(Für die Red.: "Nieuwe Rotterdamsche Courant", 28.VI.)

Die stumme Front (ITF) Sabotagefurcht veranlasste die deutschen Besatzungsbehörden zur Anweisung, dass im besetzten Frankreich, in Belgien und Holland Bahnhöfe und Güterschuppen nur noch mit besonderen Passierscheinen betreten werden dürfen (meldet Radio Breslau am 25. Juli 1942).

Französische Eisenbahner - Der schweizer Zeitung "Le Democrate" schreibt ihr Korrespondent aus Vichy: Die Deutschen wollen, dass französische Eisenbahner nach Deutschland gesandt werden. "Bisher haben sich die Eisenbahner energisch gegen die deutsche Aufforderung gewehrt. Das überrascht nicht, denn jedermann weiss, dass französische Eisenbahner gegen die Zusammenarbeit mit den Nazis sind und Laval's Regierung entschieden ablehnen".

28 französische Arbeiter wurden als Saboteure vom deutschen Militärgericht in Lille zum Tode verurteilt und erschossen (meldete der schweizer Rundfunk am 28.VII.).

Dänen - Bei der Erweiterung des Fischereihafens im Kopenhagener Südhafen traten (Mitte Juli) 200 Notstandsarbeiter in Streik. Zur Unterstützung der Streikenden sammelten Gewerkschafter 12.000 Kronen. Die Polizei verhaftete den an der Sammlung beteiligten Chauffeur Helge Schou.

Holland - Der holländische "Gauverbindungsman" bei der Deutschen Arbeitsfront Schweinfurth berichtet (im "Drentsch Dagblad"), dass von 200 holländischen Arbeitern, die im Juni 1941 nach Schweinfurth transportiert worden waren, im Laufe eines Jahres 100 als Störenfriede zurückgeschickt wurden. Von den restlichen Hundert seien nur 30 brauchbare Arbeiter. Viele Holländer wären mehr im Gefängnis als im Betrieb gewesen.

Ein grosser Teil der ehrenamtlichen Kassierer der gleichgeschalteten holländischen freigewerkschaftlichen Verbände hat sich geweigert, für die neue Niederländische Arbeitsfront Beiträge zu kassieren. Die NAF hat bisher keine Ersatzkassiere gefunden.

Auf einen deutschen Truppentransport wurde (am 7.VIII.) in Rotterdam ein Attentat verübt. Die deutschen Behörden gaben bekannt, dass ein holländischer Eisenbahner den Tod fand. Sie setzen zur Ergreifung der Täter 100.000 Gulden Belohnung aus.

Italien - In Dörfern bei Taranto wurden mehrere italienische Arbeiter verhaftet, die sich nicht zu Drescharbeiten pressen lassen wollten (meldet die "Tribuna" am 26.VI.).

Italienische Arbeiter in Marseilles, Arles und Beaucaire wurden Mitte Juni von französischen Gerichten wegen Verteilung antifaschistischer Flugblätter zu schweren Strafen verurteilt.

Polen - In dem berüchtigten polnischen Konzentrationslager Oświęcim starben in 8 Monaten 3000 (drei tausend!) Gefangene, berichtete eine gut informierte schweizer Stelle (Anfang Juli). Im Lager leben etwa 15.000 Gefangene.

T. Kabulski, ein 19jähriger Arbeiter aus Lodz, wurde (Mitte Juli) von deutschen Gerichten zum Tode verurteilt, weil er "arbeitsscheu und aufsässig" sei.

Weil er Arbeitskollegen zur Sabotage aufforderte, wurde ein 27jähriger polnischer Landarbeiter in Stuttgart zum Tode verurteilt und (am 16.VI.) hingerichtet.

Belgien - In Lüttich wurden als Vergeltungsmassnahme für Sprengstoffattentate unbekannter Täter, in den Nächten vom 17. und 18. Juli, 20 Geiseln verhaftet. Der Stadt Brüssel war Anfang Juli eine Geldstrafe von 2 Millionen Fr. zur Wiedergutmachung von Attentatsschäden auferlegt worden. Da weitere Attentate erfolgten, wurde der Stadt (am 21.VII.) eine neue Geldbusse von 5 Millionen Fr. diktiert und angeordnet, dass Zivilisten bedrohte Gebäude, u.a. Büros der faschistischen Organisationen, bewachen sollten. Der deutsche Militärbefehlshaber in Mons hat wegen Fortsetzung der "Ausschreitungen gegen Mitglieder der Neuen Ordnungsbewegung und gegen industrielle Einrichtungen" (Ende Juli) 50 Geiseln verhaftet und eine Anzahl Rundfunkapparate beschlagnahmen lassen.

Mitte Juli wurden in ganz Belgien von den deutschen Militärbehörden zahlreiche Geiseln verhaftet.

Tschechen - In Prag werden jetzt wieder Hinrichtungen Oppositioneller offen zugegeben. Am 24. und 30. Juli wurden je 2 "Hochverräter" hingerichtet.

Norwegen - Beim Flugplatzbau in Bardufoss mussten norwegische Zwangsarbeiter täglich 11 Stunden arbeiten, mit kurzen Essenspausen am Arbeitsplatz. Auf den Baustellen herrscht ständig Unruhe. Auf dem Flugplatzgelände Vaernes wurden (Ende Juli) 32 norwegische Zwangsarbeiter wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin verhaftet.

Deutschland - In Nürnberg wurde ein Friedrich Grasser vom Sondergericht zum Tode verurteilt. Grasser, der in der Meldung des deutschen Nachrichtendienstes als Kommunist bezeichnet wird, war 1934 als Hochverräter eingesperrt worden. Nach seiner Freilassung wurde er 1939 in Zwangsarbeit vermittelt. Er habe sich systematisch als Flüsterpropagandist betätigt und nicht einmal hämische Bemerkungen über das - angebliche - Attentat auf Hitler am 8.XI.39. unterlassen, heisst es in der Urteilsbegründung (am 5.VII.)

Rumänien - 233 Rumänen, denen Sabotage und politische Opposition vorgeworfen wurden, sind in ein neues Konzentrationslager gesperrt worden (meldet Radio Lyon am 27.VII.).

Bulgarien - In Sofia wurden 11 Mitglieder einer "Terroristen-Gruppe" zum Tode verurteilt, 18 zu langen Zuchthausstrafen (meldet das Deutsche Nachrichtenbüro am 23.VII.). Unter den Hingerichteten befand sich der Sekretär der kommunistischen Metallarbeiterorganisation.

(Für die Red.: "Le Democrate", 25.VII., "Drentsch Dagblad", 13.VI.42.)

### Nazi-Arbeitsrecht gegen die Arbeiter

(ITF) Einer der Sekretäre des Reichstreuhanders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, ein Rechtsanwalt Dubelmann, schreibt in der "Kölnischen Zeitung": "Arbeiter und Angestellte

arbeiten... (in Deutschland heute)... nicht da, wo es ihnen beliebt oder wo am meisten verdient wird, sondern da, wo das Arbeitsamt sie ansetzt". "Die vorerwähnten Bestimmungen, welche die Lösung bestehender Arbeitsverhältnisse erschweren, treffen naturgemäss in erster Linie das Gefolgschaftsmitglied". Für Arbeiter, die sich durch Langsamarbeiten gegen die Betriebsklaverei im Interesse der Unternehmer wehren, sorgt die Gestapo: "Unverbesserliche Arbeitsbummelanten werden von der Geheimen Staatspolizei einem Arbeitserziehungslager zugeführt". - (Für die Red.: "Kölnische Ztg." 18.VII)

### Zusatzkartoffeln für Bergarbeiter

(ITF) Der Leistungsrückgang im deutschen Bergbau veranlasste die Nazi-Behörden jetzt zur Bewilligung einer Extrakartoffelration für Untertagearbeiter. Vom 13. bis 19.VII. gab es 1 kg Kartoffeln extra, bis zum 13.XII. soll es wöchentlich 1 1/2 kg extra geben. Die Grundration war in Essen im Juli 2 1/2 kg pro Woche.